

# Senioren wollen mitbestimmen

**KRITIK** Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Mitwirkung stößt auf Protest.

**NÜRNBERG** - Mehrere Seniorenräte in Kommunen der Region üben scharfe Kritik am Gesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung zur Seniorenmitwirkung. Die Vertretungen in Nürnberg, Fürth und Langenzenn (Kreis Fürth) wenden sich zudem an die regionalen Abgeordneten mit der Bitte um Unterstützung.

Der Langenzenner Seniorenrat beispielsweise wartet seit langem auf ein Seniorenmitwirkungsgesetz, das die Rechte und Interessen der Vertretungen auf örtlicher Ebene regelt. Denn die Stadt- und Gemeinderäte tun sich „schwer mit Seniorenfragen, um sich mal vorsichtig auszudrücken“, so Vorsitzender Hans Klinner gegenüber unserer Redaktion. Aus diesem Grund unterstützen die

Seniorenräte, die bisher über keinerlei verpflichtende Mitbestimmungsrechte verfügen, eigentlich eine Gesetzesvorlage, die frei gewählte Seniorenvertretungen in allen Gemeinden vorschreibt: „Altenhilfe muss Pflichtaufgabe werden.“ Wählbar sollten alle Bürger(innen) über 50 Jahre sein, aber keine Mandatsträger.

Gefordert werden ein Anhörungsrecht in allen ältere Menschen betreffenden Angelegenheiten, das Recht zu Anträgen an Gemeinderäte, Rede- recht in Sitzungen, auf Fortbildung und eine vernünftige räumliche und finanzielle Ausstattung.

Weit über 30 Prozent der Bevölkerung sind betroffen, sie verdienen es, ernst genommen zu werden. Der aktuell endlich vorgelegte Gesetzent-

wurf von CSU und Freien Wählern komme den „Wünschen und Vorstellungen in keinsten Weise nach“, so Klinner. Die örtliche Ebene – eigentlich die wichtigste – bleibe praktisch außen vor: „Die bisher demokratisch von unten nach oben strukturierte Arbeit der Landesseniorenvertretung Bayern (LSVB) wird unsinnigerweise leider komplett zerschlagen.“ Dies sei auch eine Benachteiligung des ländlichen Raums.

In der LSVB konnten sich bislang alle Seniorenräte beteiligen und mitbestimmen. Die Landesvertretung hatte einen eigenen Entwurf vorgelegt, der nicht berücksichtigt wurde. Nun will man über die sogenannte Verbände-Anhörung noch Einfluss nehmen. **HANS PETER REITZNER**